**Rahmenvereinbarung
über die Lieferung von Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeugen 20
für kommunale Feuerwehren des Landes Sachsen**

Zwischen den sich zu einer Sammelbeschaffung zusammengeschlossenen Kommunen

1. Stadt Plauen, Unterer Graben 1, 08523 Plauen
2. Gemeinde Neuensalz, Genossenschaftsweg 8, 08541 Neuensalz
3. Gemeinde Eichigt, Dorfstraße 47, 08626 Eichigt
4. Gemeinde Weischlitz, Am Alten Gut 3, 08538 Weischlitz/Vogtl.
5. Gemeinde Rosenbach, Bernsgrüner Straße 18, 08539 Rosenbach/Vogtl.
6. Gemeinde Doberschütz, Breite Str. 17, 04838 Doberschütz
7. Gemeinde Nünchritz, Glaubitzer Straße 10, 01612 Nünchritz
8. Stadt Radebeul, Pestalozzistraße 6, 01445 Radebeul
9. Stadt Nossen, Markt 31, 01683 Nossen
10. Gemeinde Langenbernsdorf, Bahnhofstr. 1, 08428 Langenbernsdorf

- im Folgenden jeweils als Auftraggeber bezeichnet-

vertreten durch Stadt Plauen, FG Brandschutz
 Poeppigstraße 8,
 08529 Plauen

- im Folgenden Beauftragter genannt-

und

Firma
Straße
PLZ Ort

(rot hinterlegte Eintragungen werden konkretisiert, wenn der Auftragnehmer feststeht)

- im Folgenden Auftragnehmer genannt-

wird im Ergebnis des Vergabeverfahrens „**6031 08/70/06/25/1-01 Rahmenvereinbarung Lieferung von HLF20, Fahrgestell, Aufbau und Beladung**“ folgende Rahmenvereinbarung geschlossen.

Inhalt

§ 1	Leistungsgegenstand	2
§ 2	Auftragsumfang.....	3
§ 3	Bezugsberechtigte und Abrufverfahren.....	3
§ 4	Material und Anfertigungsart.....	3
§ 5	Fertigungsüberwachung / Güteprüfung.....	4
§ 6	Ansprechpartner.....	4
§ 7	Liefer- und Abnahmebedingungen.....	5
§ 8	Garantien und Gewährleistung	6
§ 9	Rechnungslegung	6
§ 10	Höhere Gewalt	6
§ 11	Kündigung.....	7
§ 12	Haftungsbeschränkung.....	7
§ 13	Laufzeit der Rahmenvereinbarung	7
§ 14	Zusätzliche Vertragsbedingungen	7

Präambel

Der Beauftragte ist nur Vertragspartner dieser Rahmenvereinbarung.

Die Bezugsberechtigten aus dieser Rahmenvereinbarung sind jeweils einzeln die oben genannten kommunalen Feuerwehren des Landes Sachsen (Auftraggeber).

§ 1 Leistungsgegenstand

- 1) Gegenstand der vorliegenden Vereinbarung bildet die Lieferung der im § 2 aufgeführten Leistungen an den jeweiligen Auftraggeber im Abrufverfahren nach § 3 an dem in § 7 Abs. 1 genannten Liefer- und Leistungsort.
- 2) Auf der Grundlage des benannten Vergabeverfahrens gelten folgende Vertragsbestandteile in der benannten Reihenfolge als vereinbart:
 - a. Diese Rahmenvereinbarung
 - b. die Vergabeunterlagen in der zuletzt veröffentlichten Fassung,
 - c. das Angebot des Auftragnehmers vom **xxx (Datum)**,
 - d. die Auftragsbestätigung des Auftragnehmers als vollständige Spezifikation des Fahrzeuges auf Grundlage des Zuschlagsschreibens vom **xxx (Datum)**,
 - e. die Protokolle der einzelnen Baufortschrittsbesprechungen,
 - f. die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/Teil B),
 - g. die entsprechenden Regelungen des BGB.
- 3) Der Auftragnehmer übersendet dem Beauftragten eine tabellarische Fertigungsplanung der Gesamtleistung aller Einzelabrufe mit Angabe der zugewiesenen Fertigungsnummer, dem zugeordneten Auftraggeber und der Terminplanung bis zur Übergabe.

§ 2 Auftragsumfang

- 1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Herstellung, Erprobung und Übergabe der nachstehenden einsatzfähigen Fahrzeuge:

Fahrzeugtyp	Hilfeleistungslöschgruppenfahrzeug 20 (HLF 20)
Fahrgestell	Hersteller / Typ
Aufbau und Beladung	Firma xxx
Geschätzte Menge	10 Fahrzeuge
Mindestabrufmenge	2 Fahrzeuge
Höchstmenge	12 Fahrzeuge
- 2) Der Abruf von 2 Fahrzeugen wird zugesichert, darüber hinaus besteht keine Abrufverpflichtung. Mit Erreichen der Höchstmenge von 12 Fahrzeugen entfällt die Möglichkeit weiterer Abrufe. Die sonstigen Bedingungen der Rahmenvereinbarung behalten unabhängig vom Erreichen der Höchstmenge weiterhin ihre Gültigkeit.
- 3) Folgender Zahlungsplan wird vereinbart:
 - 30 % vom Gesamtpreis nach Abnahme Fahrgestell gegen Vorauszahlungsbürgschaft,
 - Schlusszahlung und Rückgabe der Vorauszahlungsbürgschaften nach Endabnahme und Übergabe der Fahrzeuge an den Auftraggeber.

§ 3 Bezugsberechtigte und Abrufverfahren

- 1) Bezugsberechtigt sind jeweils die oben genannten sich für die Sammelbeschaffung zusammengeschlossenen Städte und Gemeinden. Der Beauftragte benennt dem Auftragnehmer (sukzessive während der Vertragslaufzeit) die jeweiligen Bezugsberechtigten einschließlich Ansprechpartner und Stückzahl.
- 2) Die Abrufe aus der vorliegenden Rahmenvereinbarung erfolgen durch die Bezugsberechtigten gemäß Abs. 1 an den Auftragnehmer. Die Bezugsberechtigten sind Auftraggeber des jeweiligen Einzelabrufes.
- 3) Der Auftragnehmer übersendet innerhalb von 14 Tagen nach Erhalt des Abrufs die Unterlagen zum vereinbarten Leistungsumfang und eine Auftragsbestätigung an den jeweiligen Auftraggeber.
- 4) Der Auftragnehmer übersendet dem Beauftragten unverzüglich eine Kopie getätigter Abrufe.

§ 4 Material und Anfertigungsart

- 1) Der Auftragnehmer liefert mangelfreie Fahrzeuge frei von Rechten Dritter. Die Leistung ist vollständig nach bestehenden EU-Richtlinien herzustellen und auszurüsten. Die Fahrzeuge und deren Ausrüstung müssen dem zum Zeitpunkt der Fertigung herrschenden Stand der Technik, sowie dem des Umwelt- und Arbeitsschutzes und den anerkannten Regeln der Technik (z.B. DIN-Normen bzw. EU-Norm, VDI und VDE-Richtlinien und den Unfallschutzvorschriften der Berufsgenossenschaften) in der zum Zeitpunkt der Auftragsabwicklung gültigen Fassung entsprechen.

§ 7 Liefer- und Abnahmebedingungen

- 1) Liefer- und Leistungsort ist die Produktionsstätte für den Aufbau (**Ort: xxx**).
- 2) Hier erfolgen die Musterbaufreigabe, die einzelnen technischen Abnahmen sowie die Endabnahmen des gesamten Leistungsumfanges und Übergabe an die jeweiligen Auftraggeber der Einzelabrufe.
- 3) Der Auftragnehmer liefert den vereinbarten Leistungsumfang der Mindestabrufrmenge bis zum **xxx (Datum)** an den in Absatz 1 vereinbarten Liefer- und Leistungsort.
- 4) Die Lieferfrist für Abrufe über die Mindestabrufrmenge hinaus werden bei Abruf vereinbart.
- 5) Die Endabnahme durch den jeweiligen Auftraggeber erfolgt nach erfolgreicher technischer Abnahme durch einen Abnahmespezialisten, zusammen mit der gegenständlichen Übergabe der Einsatzfahrzeuge und der erforderlichen Einweisung am vereinbarten Liefer- und Leistungsort.
- 6) Der Auftragnehmer übergibt dem Auftraggeber alle Unterlagen für die gesamte Ausstattung und Beladung wie Bedienungsanleitungen, Garantieunterlagen usw. in einem ausreichend dimensionierten Ordnungssystem (z. B. A4-Ordner, Archivmappe, Kunststoffkasten mit Deckel usw.) sowie eine Bescheinigung über Inhalt und Umfang der durchgeführten Einweisung.
- 7) Zur technischen Abnahme sind alle nach DIN EN 1846-2 notwendigen Prüfnachweise und Dokumentationen (EMV-Bestätigung) vorhanden und werden dem Abnahmespezialisten vorgelegt.
- 8) Die Termine der technischen Abnahmen und der geplanten Übergaben an die jeweiligen Auftraggeber der Einzelabrufe sind dem Beauftragten für jedes Fahrzeug rechtzeitig schriftlich anzuzeigen.
- 9) Der Beauftragte behält sich vor, nach eigenem Ermessen an den Endabnahmen und Übergaben gemäß Absatz 5 teilzunehmen.
- 10) Das Fahrzeug ist vom Auftragnehmer mängelfrei und einsatzbereit zu übergeben. Die zur Einsatzbereitschaft zählende Bereitstellung von Kraft-, Füll- und Schmierstoffen durch den Auftragnehmer, die nicht zum vereinbarten Leistungsumfang gehören, werden separat durch den jeweiligen Auftraggeber beauftragt.
- 11) Der Auftragnehmer hat jedem Auftraggeber den Aufwand für die Herstellung der Einsatzbereitschaft des jeweiligen Fahrzeuges spätestens mit der Einladung zur Übergabe anzuzeigen.
- 12) Verzichtet der Auftraggeber auf die einsatzbereite Übergabe des Fahrzeuges, so ist dies im Übergabeprotokoll zu dokumentieren.
- 13) Das Fahrzeug jedes Einzelabrufes gilt als ordnungsgemäß abgenommen, wenn ein Abnahme- und Übergabeprotokoll die vollständige und mängelfreie Leistung dokumentiert und durch die Vertreter von Auftragnehmer und Auftraggeber unterzeichnet wurde.
- 14) Zur Übergabe eines Fahrzeuges übergibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber folgende Dokumente:
 - a) Detaillierter Lieferschein mit allen Positionen aus der Auftragsbestätigung,
 - b) Nachweis der tatsächlich gewogenen Gesamtmassen für Fahrzeug, Vorder- und Hinterachse,
 - c) Dokumentation des Fahrgestells,
 - d) Schaltpläne, Bedienungs- und Wartungsanleitungen von Aufbau und eingebauter Ausrüstung (auch in digitaler Form),
 - e) Bedienungsanleitungen der Beladung im A4-Ordner
 - f) Gutachten gemäß § 21 StVZO

g) Kopie der Dokumentation der Ablieferungsinspektion des Fahrgestellherstellers.

15) Dem Beauftragten sind nach jeder erfolgreichen Übergabe Kopien der folgenden Dokumente zu übersenden:

- a) Übergabeprotokoll mit Unterschriften der Vertragspartner,
- b) vollständige Abnahmeniederschrift mit Mängelprotokoll,
- c) Bestätigung der Mängelfreiheit durch den Auftragnehmer.

§ 8 Garantien und Gewährleistung

- 1) Die Gewährleistungsfrist beginnt mit der Endabnahme der mangelfreien Leistung und beträgt 24 Monate.
- 2) Der jeweilige Auftraggeber der Einzelabrufe ist Inhaber der Gewährleistungsrechte und für deren Abwicklung verantwortlich.
- 3) Der Auftragnehmer gewährt den jeweiligen Auftraggebern für jedes Fahrzeug ab der Übergabe folgende Garantien:
 - a) Aufbau ab Erstzulassung (ohne Zusatzbedingungen): 24 Monate
 - b) Durchrostung Aufbau ab Erstzulassung: 144 Monate

§ 9 Rechnungslegung

- 1) Zahlungen erfolgen gegen eine prüffähige Rechnung, die für jeden Abruf auf den jeweiligen Auftraggeber ausgestellt ist. Für jedes Fahrzeug ist eine Einzelrechnung zu erstellen.
- 2) In den Rechnungen oder den dazugehörigen Lieferscheinen sind alle Positionen aus der Auftragsbestätigung und die Nummer des jeweiligen Abrufes aufzuführen. Die Gesamtsumme muss den zum Zeitpunkt der Beauftragung vereinbarten Einzelpreis je Stück ausweisen, erhaltene Anzahlungen und gewährte Rabatte sind am Ende der Rechnung separat aufzuführen.
- 3) Zahlungen erfolgen grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen nach Endabnahme der mangelfreien Leistung mit Eingang der prüffähigen Rechnung beim jeweiligen Auftraggeber. Bei Gewährung von Skonto kann mit dem jeweiligen Auftraggeber auch eine kürzere Zahlungsfrist vereinbart werden.

§ 10 Höhere Gewalt

- 1) In Fällen höherer Gewalt ist die hiervon betroffene Vertragspartei für die Dauer und im Umfang der Auswirkung von der Verpflichtung zur Lieferung oder Abnahme befreit. Höhere Gewalt ist jedes außerhalb der Kontrolle des jeweiligen Vertragspartners liegende Ereignis, durch das er ganz oder teilweise an der Erfüllung seiner Verpflichtungen gehindert wird, einschließlich Feuerschäden, Überschwemmungen, Streiks und rechtmäßige Aussperrungen sowie nicht von ihm verschuldete Betriebsstörungen oder behördliche Verfügungen, Versorgungsschwierigkeiten und andere Leistungsstörungen auf Seiten des Vorlieferanten des Auftragnehmers gelten nur dann als höhere Gewalt, wenn der Vorlieferant seinerseits durch ein Ereignis gemäß Satz 1 an der Erbringung der ihm obliegenden Leistung gehindert ist.
- 2) Der betroffene Vertragspartner wird dem anderen Vertragspartner und dem Beauftragten unverzüglich den Eintritt sowie den Wegfall der höheren Gewalt anzeigen und sich nach

besten Kräften bemühen, die höhere Gewalt zu beheben und in ihren Auswirkungen soweit wie möglich zu beschränken.

- 3) Die Vertragsparteien werden sich bei Eintritt höherer Gewalt über das weitere Vorgehen abstimmen und festlegen, ob nach ihrer Beendigung die während dieser Zeit nicht gelieferten Fahrzeuge nachgeliefert werden sollen.

§ 11 Kündigung

- 1) Jeder Vertragspartner ist berechtigt, im Fall höherer Gewalt gem. § 10 Abs. 1 S. 2 von einzelnen Abrufen zurückzutreten, sofern die Behinderung der Leistungserbringung mehr als zwölf Wochen über das jeweils vereinbarte Lieferdatum hinaus andauert.
- 2) Das Recht beider Vertragspartner zur außerordentlichen Kündigung der Rahmenvereinbarung aus wichtigem Grund gem. § 314 BGB bleibt hiervon unberührt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn der jeweils andere Vertragspartner gegen wesentliche Vertragspflichten verstößt und eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses unzumutbar ist.
- 3) Ein solcher wichtiger Grund liegt insbesondere vor:
 - a) Bei Verstößen gegen die vereinbarten technischen Anforderungen gem. § 5 Abs. 1
 - b) Bei erheblichem und fortbestehendem Mangel des Musterfahrzeuges trotz einmaliger Aufforderung zu Mängelbeseitigung gem. § 5 Abs. 6

§ 12 Haftungsbeschränkung

Die Haftung des jeweiligen Auftraggebers für die dem Auftragnehmer oder von diesem beauftragten Dritten im Zuge der Durchführung des Vertrages entstehende Schäden, ist begrenzt auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Dies gilt nicht bei der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und soweit das Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG) zur Anwendung kommt.

§ 13 Laufzeit der Rahmenvereinbarung

- 1) Die Laufzeit dieser Rahmenvereinbarung beginnt mit Zuschlagserteilung und endet am 30. November 2025.
- 2) Die Bestimmungen dieser Vereinbarung gelten bis zur vollständigen Erbringung der beauftragten Leistung.

§ 14 Zusätzliche Vertragsbedingungen

- 1) Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 20 % des Beschaffungswertes an jeden Auftraggeber der Einzelabrufe zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der einzelne Abruf gekündigt wird oder bereits erfüllt ist. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche der jeweiligen Auftraggeber aus den Einzelabrufen bleiben unberührt.
- 2) Die Fahrzeuge sind vom Auftragnehmer für die Dauer der Bauzeit und für die Zeit von Probe- und Abfahrten in ausreichender Höhe auf seine Kosten gegen Schäden zu versichern.

- 3) Änderungen und Ergänzungen der Vereinbarung oder der vereinbarten Leistung bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- 4) Sollte eine der Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bedingungen nicht berührt. Es gelten an deren Stelle entsprechende wirksame Regelungen als vereinbart, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmungen am nächsten kommen. Soweit erforderlich verpflichten sich die Partner dieser Vereinbarung, mit allen Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels beizutragen.
- 5) Sollte in dieser Rahmenvereinbarung ein regelungsbedürftiger Punkt versehentlich nicht geregelt worden sein, so verpflichten sich die Parteien, die so entstandene Lücke im Sinne dieser Rahmenvereinbarung durch eine Vereinbarung zu schließen.
- 6) Der Gerichtsstand Plauen gilt als vereinbart.

Plauen, _____

_____, _____

Ort, Datum

Ort, Datum

i. A. _____

Beauftragter

Auftragnehmer